

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr**  
**Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten**  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den  
Präsidenten des Landtages  
von Niederösterreich

**Landtag von Niederösterreich**  
**Landtagsdirektion**

Eing.: 11.12.2019

Ltg.-700/V-7/68-2019

— Ausschuss

Kennzeichen

Beilagen

RU7-A-11/195-2019

E-Mail: [post.ru7@noel.gv.at](mailto:post.ru7@noel.gv.at)

Fax: 02742/9005-14950

Bürgerservice: 02742/9005-9005

Internet: [www.noel.gv.at](http://www.noel.gv.at)

- [www.noel.gv.at/datenschutz](http://www.noel.gv.at/datenschutz)

Bezug

BearbeiterIn

(0 27 42) 9005

Durchwahl

Datum

Ltg.-700/V-7/68-2019

Mag. Thomas Fischer

14161

11.12.2019

Betrifft

Resolutionsantrag des Abgeordneten Maier zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2020, Ltg.-700/V-7-2019 betreffend Schieneninfrastrukturprojekte in Niederösterreich;  
Ltg.-700/V-7/68-2019

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 26. Juni 2019, Ltg.-700/V-7/68-2019, hat die NÖ Landesregierung sich an die Bundesregierung und insbesondere an Bundesminister Mag. Andreas Reichhardt gewendet.

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) hat mit Schreiben vom 21. Oktober 2019, GZ: BMVIT-16.400/0041-I/PR3/2019, folgende Stellungnahme übermittelt:

*"Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie beehrt sich zu Ihrem Schreiben vom 10. September 2019, Ltg.-700/V-7/68-2019, betreffend „Schieneninfrastrukturprojekte in Niederösterreich“ auf das bereits ergangene Antwortschreiben GZ. 16.400/40-I/PR3/2019 vom 15. Oktober 2019 zu verweisen.*

*Für den Bundesminister:  
Mag. Christa Wahrmann"*

Im genannten Schreiben vom 15. Oktober 2019, GZ. BMVIT-16.400/0040-I/PR3/2019, hat das BMVIT betreffend den Resolutionsantrag (Ltg.-700/V-7/70-2019) des Abgeordneten Dr. Michalitsch zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2020, Ltg.-700/V-7-2019 betreffend „Schieneninfrastrukturprojekte und Park- & Ride-Anlagen in der Stadt-Umland-Region Wien – Niederösterreich“ folgende Stellungnahme übermittelt:

*"Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie beehrt sich zu Ihrem Schreiben vom 26. Juli 2019, Ltg.-700/V-7/70-2019, betreffend „Schieneninfrastrukturprojekte und Park & Ride-Anlagen in der Stadt-Umland-Region Wien – Niederösterreich“ Folgendes mitzuteilen:*

*Einleitend darf bemerkt werden, dass ein starkes öffentliches Verkehrsangebot aus Sicht des BMVIT eine zukunftsorientierte, ökologische und sozial verträgliche Art der Mobilität für die Österreicherinnen und Österreicher darstellt. Dabei spielt ein gut funktionierender öffentlicher Verkehr in Österreich eine wesentliche Rolle.*

*Die in der Resolution dargestellten Handlungsfelder sind dem ho. Ressort durchaus bewusst. Vor diesem Hintergrund wurde auch in der Klima- und Energiestrategie #mission2030 der Österreichischen Bundesregierung die Stärkung des Schienengebundenen Öffentlichen Verkehrs insbesondere in den Ballungsräumen als Ziel definiert.*

*Es wird darauf hingewiesen, dass der Ausbau des Bahnnetzes in Österreich einer klaren Strategie folgt – dem Zielnetz 2025+ der ÖBB-Infrastruktur AG, welches schrittweise über*

*die Rahmenpläne umgesetzt wird. Die Arbeiten für eine Weiterentwicklung des Zielnetzes, hin zu einem Zielnetz 2040 haben in Zusammenhang mit den ebenfalls laufenden Arbeiten für eine österreichweite Verkehrsprognose 2040 begonnen. Die Notwendigkeit und Priorisierung von über das Zielnetz 2025+ hinausgehenden Maßnahmen wird in diesem Zusammenhang erarbeitet.*

*Das BMVIT nimmt die in der Resolution angeführten Schwerpunktthemen und Prioritätensetzungen zur Kenntnis und wird diese in den eingerichteten Gremien und Prozessen evaluieren. Mit dem Amt der Niederösterreichischen Landesregierung findet auf technischer Ebene eine laufende Abstimmung zur Entwicklung der Eisenbahninfrastruktur in Niederösterreich über den sogenannten „Lenkungsausschuss Niederösterreich“ statt.*

*In der jüngeren Vergangenheit ist mit der 2017 abgeschlossenen Grundsatzvereinbarung über ÖBB-Infrastrukturmaßnahmen in Niederösterreich zwischen BMVIT, Land Niederösterreich und ÖBB-Infrastruktur AG sowie mit der diesbezüglichen ersten Zusatzvereinbarung vom März 2019 ein umfangreiches Arbeitsprogramm definiert worden. Hier hervorzuheben sind die geplanten Modernisierungen von Regionalbahnstrecken und der Franz-Josefs-Bahn aber auch weitere Untersuchungen zur Verbesserung des S-Bahn- und Regionalverkehrs in und um Wien.*

*Es sei versichert, dass sich das BMVIT im Rahmen seiner Möglichkeiten grundsätzlich für einen weiteren Ausbau der Kapazitäten im Großraum Wien einsetzt. Die Entscheidung, wann welche Maßnahmen gesetzt werden können, hängt neben technischen Rahmenbedingungen, wie der Dauer der Planungs- und Genehmigungsprozesse im Vorlauf zur Realisierung, aber vor allem auch von den Möglichkeiten der Finanzierung ab.*

*Für den Bundesminister: Mag.*

*Christa Wahrmann“ Die NÖ  
Landesregierung beehrt sich,  
dies zu berichten.*

NÖ Landesregierung  
DI S c h l e r i t z k o  
Landesrat

